

Der Vollzugsdienst

3/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Sitzungswoche der BSBD
Bundesleitung und des Bundes-
hauptvorstandes in Berlin**

Zum neuen Seniorenvertreter wird
Winfried Conrad (RLP) berufen

Seite 2

**Erstes Online-Treffen der
Jugendsprecher der BSBD
Landesverbände**

Die Etablierung einer stabilen
Jugendarbeit ist das Ziel

Seite 6

**Ist Schwarz-Grün das
politische Zukunftsprojekt für
Nordrhein-Westfalen?**

CDU und Bündnis-Grüne nehmen
Koalitionsverhandlungen auf

Seite 37

Amtsangemessene Alimentation: Landesbesoldungsgesetze sind genauestens zu prüfen!

Es gelten die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts zum Beschluss
des Zweiten Senats vom 4. Mai 2020 (2 BvL 6/17)

Lesen Sie mehr dazu im Beitrag
auf Seite 1 dieser Ausgabe

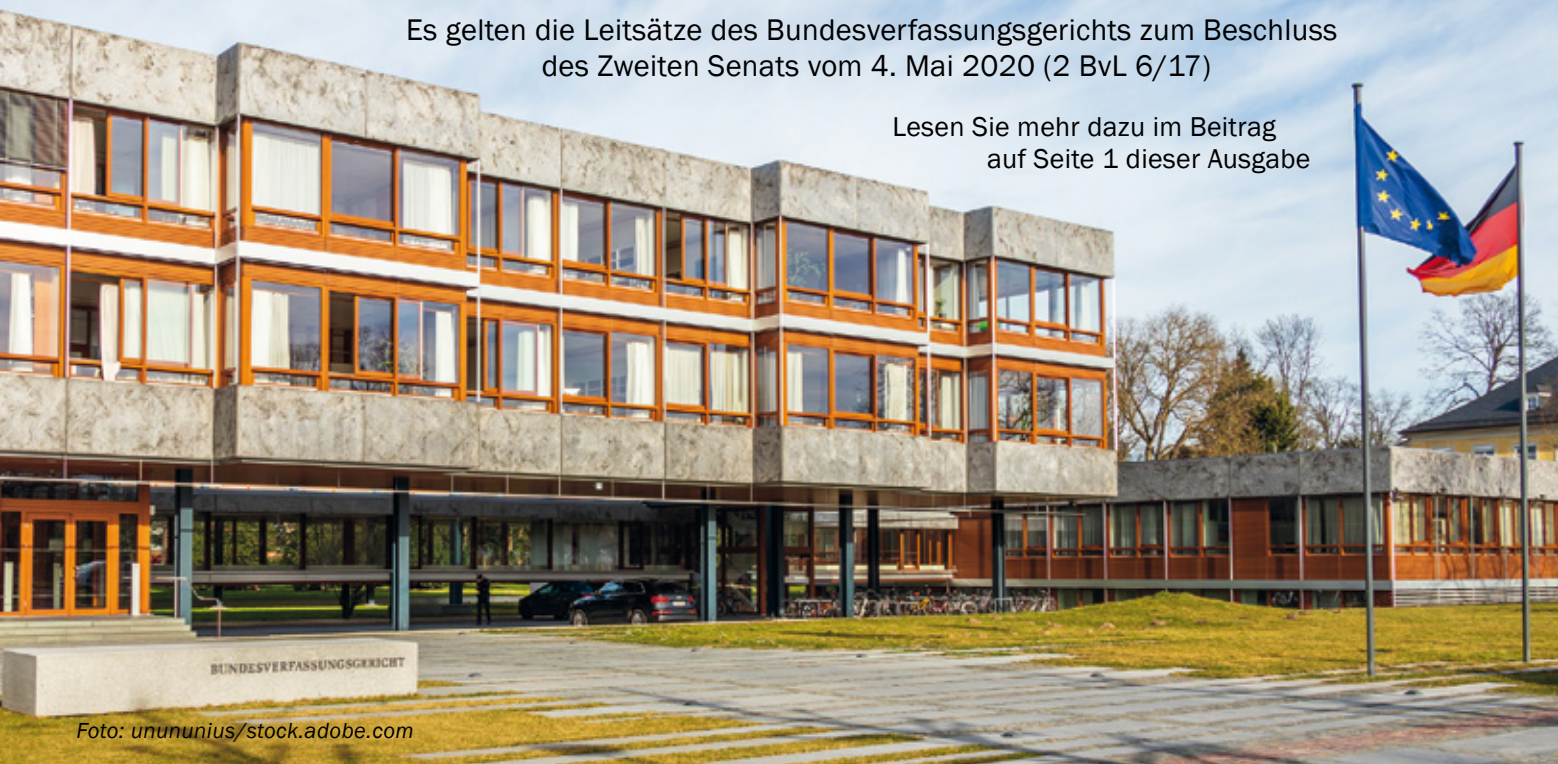


Foto: unununjus/stock.adobe.com



BERLIN



NIEDERSACHSEN



SACHSEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Amtsangemessene Alimentation: Gesetzentwürfe zum jeweiligen Landesbesoldungsgesetz sind genauestens zu prüfen!
- 2 Sitzungswoche der BSBD Bundesleitung und des Bundeshauptvorstandes in Berlin
- 3 Tagung der Tarifvertreter des BSBD Bund in Königswinter
- 4 Frühjahrshauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung in Berlin
- 5 Spenden an Betroffene der Flutkatastrophe im Bereich der Justiz Rheinland-Pfalz verteilt
- 5 Gewalt, Drogen und der Islam! Herausforderungen an den Justizvollzug in Deutschland
- 5 Erstes Treffen der Jugendsprecher der BSBD Landesverbände

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 16 Bayern
- 19 Berlin
- 23 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 28 Hessen
- 33 Mecklenburg-Vorpommern
- 34 Niedersachsen
- 37 Nordrhein-Westfalen
- 51 Rheinland-Pfalz
- 54 Saarland
- 57 Sachsen
- 60 Sachsen-Anhalt
- 64 Schleswig-Holstein
- 66 Thüringen
- 65 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 4-5/2022:



11. Oktober 2022

Landeshauptvorstand des BBW tagt in Stuttgart

BSBD mit seinen Delegierten dabei

Gewerkschaften leben ganz besonders von Netzwerken aller Art, um Informationen zu erhalten, auszutauschen, gemeinsame Positionen zu erarbeiten und Standpunkte auch kontrovers zu diskutieren.

Mit das wichtigste Netzwerk für den BSBD bildet die Dachorganisation **BBW** Beamtenbund und Tarifunion. Spätestens seit den Föderalismusreformen, egal was man davon nun halten mag, ist klar, die Musik spielt in Sachen Be-

soldung und Versorgung, Beihilfe und vielen anderen elementaren Dingen im Land.

So war und ist es für den **BSBD** wichtig, mit seinen Delegierten regelmäßig bei den Sitzungen des **BBW** vertreten zu sein, so auch am 4. Mai 2022 bei der Landeshauptvorstandssitzung des **BBW** in der Filderhalle/Leinfelden.

Alexander Schmid, Michael Schwarz, Barbara Reber, Lars Rinklin, Andreas Rothböck, Frank Maertins und Philipp Weimann waren vor Ort und bekamen

spannende Inhalte und Ausführungen mit, wobei die Stunden wie im Fluge vergingen.

Der **BBW** Vorsitzende **Kai Rosenberger** ging in seinem Bericht auf Themen wie die anstehenden Delegiertentage des **BBW** im Dezember 2022 und des **dbb** im November 2022, die Bestrebungen der Landesregierung zur Einführung des sogenannten Hamburger Modells, die zukünftige Entwicklung rund um die **dbb-Akademie** in Königswinter, sowie die teilweise unbefriedigende Lösung der Landesregierung bei der Corona-Sonderzahlung und viele weitere Punkte ein.

Erneut war auch der Amtschef des Finanzministeriums **Jörg Kraus** zu Gast beim **BBW**. Er stellte den aktuellen Sachstand bei den Planungen zum sogenannten „**Vier-Säulen-Modell**“ dar. Der **BSBD**-Landesvorsitzende hat hierzu bereits bei der Personalrätetagung in Hößlinsülz ausführlich berichtet und er wird dies auch im Rahmen der Sitzung des Landeshauptvorstandes des **BSBD** am 27. Juni 2022 im Hotel Aramis in Gäufelden wiederholen.

Erfreulich war festzustellen, dass der **BBW** auf soliden finanziellen Beinen steht und damit die Handlungsfähigkeit gesichert ist. *Alexander Schmid* ■



v.l.: Philipp Weimann, Michael Schwarz, Alexander Schmid, Kai Rosenberger, Frank Maertins, Barbara Reber, Andreas Rothböck.

41. Symposium des Justizministeriums Baden-Württemberg

BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid war vor Ort

Auf persönliche Einladung der Ministerin der Justiz und für Migration Marion Gentges MdL war der Landesvorsitzende Alexander Schmid Gast beim 41. Symposium des Justizministeriums Baden-Württemberg. Erstmals in Konstanz im Inselhotel und damit an neuer Stätte war das Thema dieser Konferenz „Klimaschutz im Kontext von Recht und Justiz“.

Bereits seit 1980 veranstaltet das Justizministerium Baden-Württemberg alljährlich ein Symposium zu aktuellen rechtspolitischen Themen. Von 1980 bis 2019 war vierzig Jahre lang Triberg im Schwarzwald der traditionelle Tagungsort, der der Veranstaltung den bisherigen Titel „Triberger Symposium“ gegeben hatte. Nach zweijähriger pandemiebedingter Pause fand die Veranstaltung nun zum ersten Mal in Konstanz statt – der Stadt, die als erste in Deutschland den Klimanotstand ausgerufen hatte. Neben den hochinteressanten und spannenden Fachvorträgen

zu dieser Kernthematik, unter anderem durch den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes **Prof. Dr. Harbarth**, die Klimaaktivistin **Luisa Neubauer**, den Staatsrechtler und Bundesminister a.D. **Prof. Dr. Scholz**, sowie den Präsidenten des Bundessozialgerichtes **Prof. Dr. Schlegel** wurde die Veranstaltung durch die Teilnahme zahlreicher Rechtspolitiker aus dem Landtag von Baden-Württemberg aufgewertet und war insbesondere für den **BSBD** interessant. So konnte **Alexander Schmid** am Rande der Veranstaltung Gespräche mit der rechtspolitischen Sprecherin der **GRÜNEN MdL Daniela Evers** und dem Justiziar der **GRÜNEN Simon Lettsche**, dem rechtspolitischen Sprecher der **CDU MdL Arnulf Freiherr von Eyb**, den Rechtspolitikern der **SPD MdL Dr. Boris Weirauch** und **MdL Jonas Weber** und dem rechtspolitischen Sprecher der **FDP Nico Weinmann** führen und hierbei auf neueste Entwicklungen im Strafvollzug hinweisen. Auch die Möglichkeit, sich mit der Hausspitze

und dem Abteilungsleiter IV **Martin Finckh** außerhalb enger Terminpläne auszutauschen, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Netzwerke schaffen, erhalten und pflegen und damit politische Fürsprecher zu finden, allein schon deswegen war Konstanz – bei tollem Wetter und einer tollen Veranstaltungsorganisation – eine Reise wert.

Alexander Schmid/tem ■



Personalräteschulung in Hößlinsülz 2022

Schwerpunktthema war der Referentenentwurf des 4-Säulen-Modells für Baden-Württemberg

Am Dienstag, den 29. März und Mittwoch, den 30. März lud der BSBD Landesverband seine Mitglieder in den Personalvertretungen zur diesjährigen Personalräteschulung. Traditionell fand die zweitägige Schulung wieder im Hotel Roger in der schönen „Schwäbischen Toskana“ statt. Zur Freude aller Teilnehmer konnte auch in diesem Jahr die Schulung wieder in Präsenzform stattfinden, was die Qualität der Veranstaltung nochmals steigerte.

Der Einladung ins Roger folgten zahlreiche BSBD-Personalräte aus ganz Baden-Württemberg, um sich am Vormittag des ersten Tages vom BSBD-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** umfangreich und ausführlich über die aktuellen politischen und gewerkschaftlichen Entwicklungen informieren zu lassen. Schwerpunktthema war der Referentenentwurf des **4-Säulen-Modells** für Baden-Württemberg, welcher erwartungsgemäß auf großes Interesse stieß und eine Fülle von Fragen bei den Tagungsteilnehmern auslöste.

Da die letzte Personalräteschulung noch kein halbes Jahr zurücklag, wurde dieses Mal, entgegen der Tradition, dass am ersten Tag nachmittags der Leiter des Personalreferates der Abteilung Justizvollzug berichtet, auf diesen Teil verzichtet. Dies geschah auch auf Wunsch der Personalräte, die sich zusätzliche Zeit zum allgemeinen Austausch erbeten hatten.

Highlight des ersten Schultags war die Gelegenheit zum Informationsaustausch zum Thema Justizvollzug Baden-Württemberg mit der Rechtspolitischen Sprecherin und Strafvollzugsbeauftragten der **GRÜNEN**, Frau **Daniela Evers MdL**, die der Einladung des BSBD nach Hößlinsülz gefolgt war.

In ihrem Bericht ging **Frau Evers** unter anderem auf die medizinische Versorgung der Gefangenen, Bauvorhaben



v.l.: Michael Schwarz, Daniela Evers MdL, Alexander Schmid. Fotos (3): BSBD BW

und das „**Vier-Säulen-Modell**“ ein. Ihr Schwerpunkt lag, wie von ihr angekündigt, aber vor allem auf dem Austausch mit den Teilnehmern. Die Aufgaben einer Strafvollzugsbeauftragten seien für sie, wie sie selber sagte, noch neu und sie wolle den Justizvollzug kennenlernen und sich ein Überblicken ver-

schaffen. Sie ging auf die Wortbeiträge und Fragen der Teilnehmer ein, hinterfragte, nahm Anregungen und Impulse aus den Statements der Anwesenden zu zahlreichen Themen auf und erhielt etwa zum „**Vier-Säulen-Modell**“ wichtige Einschätzungen und Bewertungen des BSBD.

Weitere Gesprächspunkte waren unter anderem die baulichen, praktischen und finanziellen Sorgen und Wünsche bei der Aus- und Fortbildung, sowie Nachwuchsgewinnung im Vollzug, die Neuberechnung der Jahresarbeitszeit und ihr wurde auch von aktuellen besonderen Vorkommnissen aus dem Justizvollzugsanstalt Adelsheim berichtet, die leider wieder einmal verdeutlichten, dass Gewalt im Justizvollzug ein Dauerthema ist und bleibt.

Der Austausch mit **Frau Evers** war von beiderseitigem Interesse und Offenheit geprägt. Er spiegelte die hohe Motivation und das Engagement der Teilnehmer und des BSBD wider, sich gemeinsam einzusetzen den Justizvollzug Baden-Württemberg weiter zu optimieren und Schwierigkeiten anzupacken.

Frau Evers nahm sich hierfür mehrere Stunden Zeit. Wir möchten uns an dieser Stelle nochmals recht herzlich für die Zeit, das gute und offene Gespräch, sowie ihr großes Interesse bedanken.



Austausch und Information auf höchstem Niveau war geboten bei der Personalräteschulung in Hößlinsülz.

Am zweiten Tag gab es als Auftakt für die Tagungsteilnehmer einen Bericht über die aktuellen Entwicklungen im Tarifbereich. Vorgetragen wurde er durch **Sabine Bischof** und **Sabine Glas**, die diesen Tagesordnungspunkt nun schon zum wiederholten Mal übernommen haben und zeigen, dass der Tarifbereich ein fester Bestandteil des **BSBD** ist.

Dem Tarifbericht schlossen sich ein Austausch zum aktuellen Sachstand in Bezug auf die Neuberechnung der Jahresarbeitszeit, sowie zu aktuellen Problemstellungen und Schwierigkeiten aus der Personalratsarbeit und dem täglichen Dienst in den Vollzugsanstalten an.

Anschließend folgte noch ein Infobereich des **BSBD** Kooperationspartners **Debeka**. Der Vortrag behandelte Themen wie Freie Heilfürsorge / Anwartschaft, Dienstunfähigkeit, Hamburger Modell und einiges mehr.

Am Ende der Veranstaltung gab es von der Tagungsleitung und dem Tagungshotel noch eine Überraschung für den Landesvorsitzenden **Alexan-**



Alexander Schmid wurde für sein großes Engagement für den BSBD Baden-Württemberg mit einem Geschenkkorb gewürdigt.

der Schmid, der dieses Mal leider zum letzten Mal als Vorsitzender des **BSBD** dabei war. Nach zwölf Jahren wird er im Rahmen des Delegiertentages 2022 in Karlsruhe sein Amt in gute Hände weitergeben. Sein tolles Engagement, die fundierten Berichte und letztlich sein Fachwissen, mit dem er über viele Jahre die Schulung bereicherte, wurde mit einem Geschenkkorb und tosendem Applaus der Teilnehmer gewürdigt.

Michael Schwarz

BSBD Bund tagt in Berlin

Regel Austausch über Vollzugsthemen über Ländergrenzen hinweg



Im Hotel Titanic fand vom 26. bis 29. April 2022 die diesjährige Hauptvorstandsitzung des **BSBD Bund** statt. Der **BSBD Baden-Württemberg** wurde durch den 1. stellv. Landesvorsitzenden **Michael Schwarz** vertreten. Ein weiterer **Baden-Württemberger** bei der Hauptvorstandsitzung war **Georg Konrath**, der als Kassenprüfer und Vertreter der Senioren in Berlin dabei war.

Es fand ein reger bundesweiter Austausch zu zahlreichen Themen rund um den Justizvollzug in Deutschland und die allgemeine Lage statt. Einige Schwerpunktthemen waren zum Beispiel die Gewalt gegen Bedienstete, die Personalausstattung, die Umsetzung der Bundesverfassungsgerichtsurteile zum Abstandsgebot bei der Besoldung und zur amtsangemessenen Alimentation kinderreicher Familien u.v.m.

Auch die Zukunft und Neuausrichtung des gewerkschaftlichen Bildungsangebots nach der Schließung von Königswinter wurde besprochen. Es soll bei der Qualität der Seminare keine Einbußen geben.

Ein weiteres wesentliches Thema war das Ergebnis und der Verlauf der letzten Tarifverhandlung in Potsdam und zwar gleich mit dem Blick auf die kommenden Tarifverhandlungen. Hierzu wurden zahlreiche Ideen und Impulse vorgetragen. Dieser Tagesordnungspunkt wurde anschließend auch vom Vorsitzenden des **dbb**, **Ulrich Silberbach**, aufgegriffen, der als Gast da war und in einem Vortrag seine Ideen zu einer möglichen Aufstellung bei den nächsten Tarifverhandlungen und zu ggf. nötigen Protest- und Streik-Aktionen vorstellte. Weiter sprach er über die Bereiche Personalausstattung, Bezahlung und die

zeitgemäße Gestaltung von Arbeitsbedingungen. Auch auf die Ausgestaltung von Sachmitteln ging **Silberbach** ein.

Konfrontiert mit der Frage „Was hat der Justizvollzug vom neuen Vorstand nach der Wahl zu erwarten?“, teilte der **dbb Bundesvorsitzende** mit, dass der Justizvollzug immer mit im Boot bei der großen Familie Justiz sei.

Für den bevorstehenden Gewerkschaftstag des **dbb**, der im November dieses Jahres in Berlin stattfindet, wurde im Rahmen der Bundeshauptvorstandssitzung entschieden, wie die Delegiertensitze des **BSBD Bund** künftig vergeben werden. Der Vorschlag aus **Baden-Württemberg** vom Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** für die Aufteilung der Delegiertenplätze, insbesondere der davon den einzelnen Ländern zur Verfügung stehenden Anzahl, fand die größte Zustimmung und wird künftig die Grundlage für die Vergabe sein. Der **BSBD Bund** stellt insgesamt 13 Delegierte. **Baden-Württemberg** konnte einen dieser Sitze für sich entscheiden. Somit werden im November baden-württembergische Gewerkschaftsinteressen mit einer Stimme mehr in Berlin vertreten werden können.

Nach den Berichten über die Finanzen von den Senioren- und Frauenvertretungen, schloss sich noch eine kurze Analyse zur Pandemielage und zu Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den deutschen Justizvollzug an.

Bei der Pandemielage wurde unzureichende Unterstützung durch das Bundesjustizministerium bemängelt.

Die Zeit in Berlin verging durch die gut gefüllte Tagesordnung wie im Flug und brachte viele neue Ideen, Erkenntnisse und Wissen für den **BSBD Baden-Württemberg** mit sich.

Michael Schwarz

Bio gibt es nicht zum Nulltarif

Fachgruppentagung des Landwirtschaftlichen Diensts bietet Plattform für regen Erfahrungsaustausch

Vermutlich zum letzten Mal traf sich die Fachgruppe Landwirtschaftlicher Dienst in dieser Konstellation am 07. April in Ammerbuch-Entringen. Der Fachgruppensprecher Martin Schäfer begrüßte die Teilnehmer der Fachgruppe, sowie den stellvertretenden Landesvorsitzenden Lars Rinklin, der über aktuelle Themen aus dem BSBD-Landesvorstand berichtete.

Daraus entwickelte sich ein fachlich guter Austausch über die Probleme und Sorgen der Bediensteten in diesem Bereich. Landesweit sollen auf den staatlichen Betrieben Umstellungen erfolgen, die die Ziele der derzeitigen Landesregierung widerspiegeln. Die vollzugseigene Landwirtschaft etwa wird auf Bio umgestellt. Was dies bedeutet, ist vielen Kolleginnen und Kollegen nicht bewusst. Ein einfaches Beispiel zeigte Kollege **Joachim Boos** von der Außenstelle Stöckenhof der JVA Freiburg auf: bisher wurde in konventioneller Art das Unkraut durch Spritzen bekämpft. Für einen Hektar Gemüse-/Kartoffelanbaufläche benötigte ein Bediensteter mit der Nachbehandlung etwa fünf Stunden im Jahr dafür.

Durch die Umstellung auf Bioanbau muss nun in mühevoller Handarbeit das „Beikraut“ entfernt werden. Der Zeitaufwand ist im Vergleich zu früher enorm. Mit einem Spezialanhänger, der an einen Schlepper von einem Bediensteten bewegt werden muss, werden vier beschäftigte Gefangene im „Schnecken-tempo“ über das Feld gezogen, um das Unkraut zu zupfen. Diese Arbeit erfordert einen enormen Aufwand an Handarbeit je Hektar von ca. einer Woche. Etwa 4 bis 5-mal jährlich muss dieses



v.l.: Josef Fäßler,
Joachim Boos,
FG Sprecher Martin
Schäfer,
Stellv. Landes-
vorsitzender Lars
Rinklin, Gerhard
Geckeler.

Foto: FG Landwirtschaftlicher Dienst

Zupfen wiederholt werden. Der Stöckenhof hat eine so zu bearbeitende Anbaufläche von 5 Hektar (50.000 m²). Bei den weiteren 12 Hektar Getreideanbauflächen behilft man sich mit einem Striegel gegen das Beikraut.

Ohne mehr „Manpower“ beim Personal und bei den Gefangenen ist das nicht machbar. Zudem sollten entsprechende Maschinen für die Biolandwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, aber aktuell müssen sich die Kollegen (u. a. Koll. **Boos**) noch selbst helfen und in der Freizeit spezielle Auflieger entwickeln, da es an passender Ausstattung leider angeblich aus Kostengründen noch fehlt. Es wurden noch mehr Beispiele in der Gruppe erörtert.

Das Fazit war klar: **Bio gibt es nicht zum Nulltarif!**

Weitere Themen waren die Beförderungssituation und die Unterschiede

bei den Zulagen der Bediensteten in der Landwirtschaft, je nachdem, ob man dem AVD oder dem Werkdienst angehört. Auch die Entlohnung der Tarifbeschäftigten muss unbedingt angepasst werden. Hier können Landwirtschaftsmeister mit höchster Qualifikation nur vergleichsweise niedrig eingestuft werden, da der Tarifvertrag nichts anderes hergibt. Zudem wurde die Zukunft der Interessenvertretung über den **BSBD** besprochen. Kollege **Gerhard Geckeler** sieht diese nicht mehr in der bisherigen Form, sondern in einer neu geplanten Fachgruppe „Offener Vollzug“.

Kollege **Rinklin** führte die Umgestaltungspläne, die vom Landesvorstand unterstützt werden, aus und die Möglichkeiten, die sich hieraus entwickeln können. Der landwirtschaftliche Dienst wird in der Gruppe seinen Platz finden und hier an richtiger Stelle (u. a. über ein Positionspapier) seine Interessen viel besser vertreten können als bisher.

Die Teilnehmer der Fachgruppe waren sich einig, diesen Schritt gehen zu wollen und zeitnah selbst einen Antrag auf Umgestaltung der Gruppe unter dem Überbegriff „Offener Vollzug“ zu stellen. Ideal wäre ein Neustart nach dem Landesdelegiertentag am 14. und 15. Oktober in Karlsruhe.

Lars Rinklin sicherte zu, auch für diese neue Fachgruppe zur Verfügung zu stehen und die Neugestaltung zu begleiten. Nach weiterem fachspezifischen Austausch ging eine interessante Fachgruppentagung mit einem positiven Blick nach vorn zu Ende.

Fachgruppe
Landwirtschaftlicher Dienst



„Beikraut-
Entferner“,
hierauf liegen
bis zu vier
Gefangene bei
der Arbeit.

Foto: FG Landwirtschaftlicher Dienst

Jahreshauptversammlung des BSBD Ortsverbands Rottweil

Nach 31 Jahren wurde ein neuer Kassier gewählt

Am 26. April fanden sich 25 von 90 Mitgliedern des BSBD-Ortsverbands Rottweil zur Jahreshauptversammlung 2022 in Schömburg-Schörzingen ein. Der Ortsverbandsvorsitzende Klaus Schiff begrüßte alle Anwesenden und brachte seine Freude über die rege Teilnahme nach so langer Zeit – die letzte Sitzung des Ortsverbandes konnte 2019 abgehalten werden – zum Ausdruck.

Zu Gast an diesem Abend eingefunden hatten sich die (neue) Anstaltsleiterin Frau **Crispien** und BSBD-Landesvorsitzender **Alexander Schmid**.

Es folgte ein kurzer 2-Jahres Rückblick und die Berichte der Fachgruppenvertreter über die Tätigkeit im Ortsverband Rottweil. Zurückblickend ist der kontinuierliche Zuwachs von Neumitgliedern durch die Mitarbeit aller Mitglieder auch als Werber positiv zu erwähnen.

Danach stellte sich, obwohl nicht selbst Mitglied im BSBD, die neue An-

kassenführung nachweislich bestätigt werden. Die einstimmige Entlastung des Kassiers und der Vorstandschaft war klares Zeichen des Vertrauens zur Arbeit im Ortsverband Rottweil.

In den nachfolgend durchgeführten Teilneuwahlen erfolgte u.a. auch die Neuwahl eines Kassiers. Der langjährige und mittlerweile im Ruhestand befindliche Kollege und Mitstreiter **Günter Bosch** hatte seit 21. März 1991 die anspruchsvolle Aufgabe des Kassiers inne. Nach nun 31 Jahren war es für ihn an der Zeit, diese an einen jüngeren Kolle-

den, mit den Herren **Frank Serowy**, **Hardy (Didi) Thureau**, **Reiner Baier**, **Günter Bosch** und **Jörg Buchstor** 40 Jahre (nicht anwesend: Herr **Wilfried Behr**) und mit Frau **Daniela Moseler** und Herrn **Bruno Gülich** 25 Jahre Mitgliedschaft (nicht anwesend: Herr **Tobias Traub**).

Der Ortsverbandsvorsitzende **Klaus Schiff** und der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** freuten sich, an alle Geehrten neben der Ehrenurkunde und der Ehrennadel auch ein kleines „Flüssigsgeschenk“ übergeben zu können.



OVV Schiff und Landesvorsitzender Schmid mit den Geehrten.

Foto: BSBD OV Rottweil

staltsleiterin der JVA Rottweil, Frau **Crispien**, den Anwesenden vor.

Sie dankte dem Ortsverband, dass ihr die Möglichkeit eingeräumt wurde, sich im Rahmen der Jahreshauptversammlung an die Kolleginnen und Kollegen zu wenden.

Der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** berichtete anschließend umfassend über die Arbeit des Landesvorstands. Näher ging er auf den aktuellen Stand des „Vier-Säulen-Modells“ ein. Hier konnte der Landesvorsitzende anhand einer kurzen Präsentation viele Details zu dieser großen Reform insbesondere für den Bereich der mittleren Dienste vermitteln und auch zahlreiche Fragen beantworten.

Im Anschluss folgte der Kassenbericht für die Jahre 2020 und 2021. Es konnte eine sorgfältige und gewissenhafte

gen abzugeben. Fünf Ortsverbandsvorsitzende und vier Landesvorsitzende hat **Günter Bosch** in seiner Amtsperiode erleben dürfen. Eine ganz besondere Leistung, die größten Respekt verdient!

Günter Bosch bekräftigte nochmal, dass auch rückblickend die Zeit in der Verbandsarbeit schöne Jahre waren und er keinen Tag davon missen wollte. Der Vorstand und die Mitglieder bedankten sich für seinen Einsatz und wünschten **Günter Bosch** für seine Zukunft alles Gute. Er wird den OV Rottweil weiterhin als Vertreter der Ruhestandsbediensteten unterstützen.

Im Anschluss erfolgten noch weitere Ehrungen von Mitgliedern im Ortsverband Rottweil.

Mit den Herren **Artur Hiener**, **Günter Haid** und **Helmut Gesell** konnte 50 Jahre Mitgliedschaft gefeiert wer-

Gemäß der Tagesordnung wurden danach die anstehenden Wahlen durchgeführt und ergaben folgendes Ergebnis:

Kassier:

Christoph Blank (Ast. Hechingen)

Schriftführer:

Ulrich Reichelt (Ast. Oberndorf)

Stv. Vorsitzender:

Frank Ruth (Ast. Hechingen)

Beisitzerin:

Sinja Suhr (Ast. Hechingen)

Beisitzer:

Aaron Beha (Hauptanstalt)

Nach den Wahlen wurde der offizielle Teil der Jahreshauptversammlung geschlossen und es blieb noch Zeit für ein gemütliches Zusammensein bis die Wirtin den Lichtschalter umlegte.

Klaus Schiff

Mitgliederversammlung des BSBD Ortsverbands Adelsheim

Nach zwei Jahren Corona-Pause konnten Aktive und Pensionäre wieder zusammenkommen

Der BSBD-Ortsverband Adelsheim lud am 07. April 2022 zur Mitgliederversammlung ins Schützenhaus Seckach ein. Im Jahr 2020 konnte aufgrund von Corona keine Jahreshauptversammlung abgehalten werden und auch 2021 musste sie entfallen. Unter strenger Einhaltung der 3G-Regeln konnte die Versammlung nun endlich wieder stattfinden.

Kai Kretschmer begrüßte alle anwesenden aktiven Mitglieder, Pensionäre und den stv. BSBD Landesvorsitzenden Lars Rinklin.

Anschließend verlas er den ausführlichen Jahresbericht der letzten zwei Jahre. Er berichtete auch über erfreuliche und positive Entwicklungen im Bereich der Mitgliederzahlen.

Lars Rinklin vom Landesvorstand gab einen Überblick darüber, was sich in der vergangenen Zeit auf Landesebene getan hatte, welche Themen aktuell Priorität haben und was in Zukunft noch geplant ist.

Danach folgte der Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten eine sehr sorgfältig und lückenlos geführte Kasse. Auch die ordentliche Kassenprüfung der Jah-

re 2020/2021 konnte den Mitgliedern nachweislich bestätigt werden.

Somit steht der OV auf einem soliden finanziellen Fundament. Die Entlastung des Kassiers und des Vorstandes erfolgte mit großer Mehrheit.

Die darauf stattfindenden Wahlen wurden von Kai Kretschmer als Versammlungsleiter durchgeführt.

Neu gewählt wurden:

Stellv. Vorsitzende:

Elena Barié

Kassier:

Sebastian Fuchs

FGV junge Bedienstete:

Selina Bressel

FGV mittl. Verwaltungsdienst:

Melanie Linder-Ostertag

FGV geh. Dienst/Fachdienste:

Marie Bischof

Ehrungen langjähriger Mitglieder

Weiter wurden Ehrungen langjähriger Mitglieder vorgenommen. Zu **50 Jahren** Mitgliedschaft konnte den Kollegen Josef Geiger, Ewald Gimber, Elmar Hofmann, Arthur Mayer, Franz Pach,

Waldemar Stern und Walter Winkler gratuliert werden. Zu **40 Jahren** Mitgliedschaft den Kollegen Dieter Forst, Georg Gödecke, Hans-Jürgen Killian, Egon Schäfer, Harald Schwarz und Hans-Werner Geiger, sowie zu **25 Jahren** den Herren Eberhard Belz, Dietmar Mechler, Wolfgang Michel, Stefan Sauter-Schnabel, Klaus Schölzel, Karl-Heinz Steinam, Marc Unangst, sowie den Damen Carmen Bronner und Ulrike Sachs.

In den Ruhestand verabschiedet werden durften Martin Nagel, Dieter Pfaff, Harald Schwab, Silvia Späth und Sebastian Uretschläger.

Abschließend bedankten sich die anwesenden Pensionäre für die gute Zusammenarbeit mit dem OV und auch aus den Reihen der aktiven Kollegen wurde dies bestätigt.

Der OV freute sich über diese Rückmeldung und hofft weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

Danach wurde der offizielle Teil der Mitgliederversammlung beendet und es blieb noch genügend Zeit für Gespräche unter Kollegen bei Kaffee und Kuchen.

Kai Kretschmer



Die Jubilare mit dem Vorstand des OV Adelsheim.

Foto: OV Adelsheim

■ **Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCANCE um teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite
sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

- Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

Der 1. Mai, ein wichtiger Tag für Gewerkschaften

Forderungen des BSBD zum Tag der Arbeit



Alexander Schmid

Foto: BSBD BW

Auf Anfrage des Staatsanzeigers positionierte sich BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid wie folgt:

„In diesen dunklen und kriegesischen Zeiten wünschen wir uns als Gewerkschaft des Strafvollzuges in Baden-Württemberg BSBD für alle Menschen einen stabilen

Frieden und ein Leben in einer pluralistischen und von Meinungsfreiheit geprägten Gesellschaft, in der die Menschlichkeit oberstes Gebot ist.

Jedem muss und wird nun mehr denn je bewusst sein, dass diese Grundwerte nie einfach nur gegeben sind, sondern immer das Ergebnis eines fortwährenden Erhaltungsprozesses, an dem sich jede einzelne Person – denn wir alle sind der Staat – beteiligen muss.

Für den Justizvollzug des Landes Baden-Württemberg wünschen wir uns, dass der mit den letzten beiden Landeshaushalten eingeschlagene Weg der Konsolidierung des Justizvollzuges konsequent fortgesetzt wird. Den letzten Platz im Bundesvergleich der Personalausstattung des Justizvollzuges innezuhaben, kann und darf nicht der Anspruch unseres „Ländle“ sein.

Im aktuellen Koalitionsvertrag der Landesregierung wird von einem „Modernen Justizvollzug“ gesprochen und es werden konkrete Handlungsschwerpunkte wie Personalausstattung, Beförderungs- und Attraktivitätsmerkmale und bauliche Notwendigkeiten benannt.

An der Umsetzung dieser selbst gesteckten Ziele werden wir die Landesregierung messen.“

Vier-Säulen-Modell bringt viel Gutes, aber enthält auch kritische Punkte

BSBD wendet sich diesbezüglich direkt an Frau Ministerin Gentges

B SBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid hat die Wirkung des Vier-Säulen-Modells auf den Vollzug eingehend analysiert und bewertet. Mit seinen Ergebnissen und ergänzenden Vorschlägen zur Umsetzung wandte er sich frühzeitig an den Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN Andreas Schwarz MdL und an Manuel Hagel MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU, wie bereits berichtet.

Am 10. April 2022 richtete er nun ein Schreiben an die Ministerin der Justiz und für Migration **Marion Gentges**. Er schrieb ihr: **Sehr geehrte Frau Ministerin, verehrte liebe Frau Gentges,**

Ich erlaube mir, mich persönlich an Sie zu wenden, um Sie zeitnah über die Einschätzung und Position des **Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD)**, zum Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Inhalte des sogenannten Vier-Säulen-Modells) zu informieren.

Bereits einleitend darf ich mitteilen, dass der **BSBD** seine Position auf der Basis des vorliegenden Referentenentwurfes und nach interner Beratung und Beschlussfassung im Landesvorstand und nach Beratung im Rahmen der Vollversammlung der Personalräte des **BSBD**, alle Personalräte der Justizvollzugsanstalten sind dort vertreten, erarbeitet und festgelegt hat.

- **Säule VIER „Erhöhung kinderbezogener Familienzuschläge“.**
 - Die in Säule VIER dargestellten Planungen begrüßen wir und melden keinen Korrekturbedarf an.
- **Säule DREI „Rücknahme Absenkung Beihilfebemessungssätze“**
 - Die in Säule DREI dargestellte und lange erwartete und überfällige Rücknahme dieser Verschlechterung aus dem Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 begrüßen wir ausdrücklich.
- **Säule ZWEI „Neustrukturierung Erfahrungsstufen“**
 - Die durch den Wegfall der ersten beiden Erfahrungsstufen entstehenden Anreizeffekte sehen wir ebenfalls und unterstützen daher auch diese Planungen.
- **Säule EINS „Ämteranhebung“**
 - In diesem Bereich entstehen für den Justizvollzug umfangreiche positive Effekte, aber es tauchen auch Problemstellungen auf, die wir daher wie folgt darstellen wollen.

Der **BSBD** stellt fest, dass bei der geplanten Ämteranhebung die mittleren Bediensteten aller Laufbahnen des Justizvollzuges in erheblichem Umfang profitieren könnten.

Die konkreten Zahlen zu diesem Gesamtbereich stellen sich auf den nun folgenden Seiten 14 und 15 dar.

Zahlen aus den mittleren Diensten Justizvollzug

Laufbahnen der mittleren Dienste			
Fachbereich	Statusamt	Anzahl der HH-Stellen	Summe: 3478,5
AVD	A 7	895	2815,5
	A 8	928	
	A 9	681,5	
	A 9 mit Zulage	311	
	A 10	41	
	A 11	15	
Werkdienst	A 7	105	449
	A 8	179	
	A 9	116	
	A 9 mit Zulage	49	
	A 10	8	
	A 11	13	
Mittlerer Vw-Dienst	A 7	57,5	214
	A 8	75,5	
	A 9	59	
	A 9 mit Zulage	22	



Es könnten also bis zu 3478,5 Bedienstete der jetzigen Statusämter A 7 bis A 9 mit Amtszulage profitieren.

Leider sieht das jetzige Überleitungskonzept aber keine Lösung für die derzeit in den Statusämtern A 10 und A 11 befindlichen ca. 77 Bediensteten vor.

So wie in der Grafik nachfolgend dargestellt, würde die Umsetzung derzeit abschließend erfolgen.

Die in Schwarz dargestellten Ämterhebungen sind im Entwurf vorgesehen und in Rot finden Sie unsere Anmerkungen dazu.

Überleitungen nach 4-Säulen-Modell – Der Begriff der Überleitung für alle mittleren Dienste –

ALT		NEU	
Amtsbezeichnung alt	BesGr. / Amtszulage alt	Amtsbezeichnung neu	BesGr. / Amtszulage neu
Obersekretär Oberwerkmeister	A 7	Hauptsekretär Hauptwerkmeister	A 8
Hauptsekretär Hauptwerkmeister	A 8	Amtsinspektor Betriebsinspektor	A 9
Amtsinspektor Betriebsinspektor	A 9	Erster Amtsinspektor Erster Betriebsinspektor	A 10
Amtsinspektor mit Zulage Betriebsinspektor mit Zulage	A 9 mit Amtszulage (324,83 Euro)	Erster Amtsinspektor Erster Betriebsinspektor	A 10 mit Amtszulage (Amtszulage 156,62 Euro)

Hier endet die Überleitungsliste für den Justizvollzug
Was aber zwingend noch ergänzt werden muss, um das Gesamtgefüge zu erhalten und abzubilden.
– Lösungsansätze des BSBD –

Von den beiden dargestellten skizzierten Lösungsansätzen ist nach Auffassung und abschließender Beratung innerhalb des BSBD, nur die Variante EINS als sinnvoller und den Anforderungen gerecht werdender Lösungsweg umsetzbar.

Hinweis: bei einem „Streitwert“ von nur ca. 77 Hebungsstellen, sollten finanzielle Erwägungen gegenüber dem Bestreben nach Erhalt der Strukturen und der Funktionsfähigkeit des Führungsapparates deutlich zurückstehen.

Der **BSBD** hat daher, gerade auch in Anbetracht, dass es sich bei diesen 77 Bediensteten ausschließlich um Verantwortungsträger der ersten Reihe handelt, einen Lösungsvorschlag erarbeitet und abgestimmt.

Die Verantwortungsträger (z. B. Vollzugsdienstleiter, Werkdienstleiter, deren unmittelbare Stellvertreter und die Leiter der Krankenreviere großer Justizvollzugsanstalten) sind unersetzbare Säulen für ein Funktionieren des Justizvollzuges insgesamt. Deshalb kann und darf es nicht passieren, dass hier nicht geeignet nachgesteuert wird.

Unser konstruktiver Lösungsvorschlag hierzu:

Überleitungen nach 4-Säulen-Modell – Der Begriff der Überleitung für alle mittleren Dienste –

ALT		NEU	
Amtsbezeichnung alt	Bes.Gr. / Amtszulage alt	Amtsbezeichnung neu	Bes.Gr. / Amtszulage neu
Obersekretär Oberwerkmeister	A 7	Hauptsekretär Hauptwerkmeister	A 8
Hauptsekretär Hauptwerkmeister	A 8	Amtsinspektor Betriebsinspektor	A 9
Amtsinspektor Betriebsinspektor	A 9	Erster Amtsinspektor Erster Betriebsinspektor	A 10
Amtsinspektor mit Zulage Betriebsinspektor mit Zulage	A 9 mit Amtszulage (324,83 Euro)	Erster Amtsinspektor Erster Betriebsinspektor	A 10 mit Amtszulage (Amtszulage 156,62 Euro)
– Lösungsvariante 1 –			
Oberinspektor Betriebsoberinspektor	A 10 (49 Personen)	Amtmann Technischer Amtmann	A 11
Amtmann Technischer Amtmann	A 11 (28 Personen)	Amtsrat Technischer Amtsrat	A 12

Mit der ergänzenden Überleitung wie hier in Rot dargestellt, könnte diese Problematik aufgelöst werden und die bisherigen bestehenden „Abstände und Feindifferenzierungen in monetärer Hinsicht“ auch weiterhin dargestellt werden.

Wir sehen daher die dringende Notwendigkeit eine solche, wie wir meinen aufgrund des kleinen abzudeckenden Bereiches von nur 77 Bediensteten mit höchster Verantwortung, auch haushaltstechnisch abbildbaren Lösung anzustreben und umzusetzen.

Stellenobergrenzenverordnung Baden-Württemberg

In diesem Zusammenhang und weil der Gesetzentwurf auch die Stellenobergrenzenverordnung Baden-Württemberg erwähnt, darf ich ausführen, dass als weiteres Handlungsfeld die notwendige Anpassung der Stellenobergrenzenverordnung wie auch im Koalitionsvertrag im Kapitel „**Justizvollzug modern gestalten**“ – Seiten 103-104 – bereits dargestellt, zu sehen ist.

Wir sehen es als jetzt notwendig und möglich, den § 4 Nummer 1 so anzupassen, dass dort **zukünftig der Justizvollzug gesondert aufgeführt und mit dem Wert 70 %** analog dem Polizeivollzugsdienst bewertet wird. Die analoge Behandlung des Justizvollzuges im Vergleich zur Polizei, die sich bereits in mehreren Bereichen (Pensionseintrittsalter, Freie Heilfürsorge, Gitterzulage wie Polizeizulage) ausdrückt, muss hier nun auch im Bereich der Stellenobergrenzenverordnung umgesetzt werden.

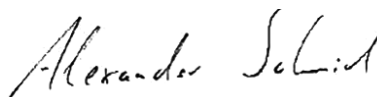
Der **BSBD** wäre, um weitere zukünftige Schritte haushaltsvertraglich zu gestalten, ausdrücklich mit einer sich anschließenden „schrittweisen“ Umsetzung in zukünftigen Haushalten auf dem Weg zur Erreichung der 70 % einverstanden. Es gilt jetzt aber den notwendigen, mutigen und sachgerechten Schritt zu gehen und dies in der Stellenobergrenzenverordnung zu verankern, um den Justizvollzug mit seinen ca. 85 %

Bediensteten in den mittleren Diensten, zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unsere Vorschläge einer genaueren Prüfung unterziehen würden und diese Anregungen auch im politischen Raum unterstützen würden. Wir sind mit unseren Anliegen ebenfalls bereits auf die rechtspolitischen Sprecher der Regierungsfractionen zugegangen und haben die Tragweite der Notwendigkeiten versucht zu skizzieren. Besonders würden wir es begrüßen, wenn Sie das Finanzministerium von unserer Bewertung der Situation geeignet in Kenntnis setzen würden, da dort die weiteren Planungen und Entwürfe wohl federführend gestaltet werden dürften.

Für Rückfragen oder zur Aussprache stehen wir natürlich gerne im Telefonat, per Videokonferenz oder persönlich im Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Alexander Schmid, Landesvorsitzender

Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



www.bbbank.de/dbb

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive Vorteilswelt für Mitglieder in dbb-Fachgewerkschaften eintauchen.